



**Pressemitteilung, 31.07.2019**

**Aufgabenträger stellen Weichen für zukünftiges Nahverkehrsangebot in der Region**  
*„Gruppe von Behörden“ für angestrebte Direktvergabe der Verkehrsleistung gebildet*

In Karlsruhe wurde gestern ein weiterer wichtiger Schritt für den Erhalt des regionalen Zweisystem-Stadtbahnmodells vollzogen. Im Rathaus am Marktplatz unterzeichneten die Aufgabenträger eine rechtliche Vereinbarung zur Bildung einer so genannten „Gruppe von Behörden“. Dieses Konstrukt bildet die Voraussetzung für eine angestrebte und mit EU-Recht konforme Direktvergabe der Verkehrsleistung an die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG) und die Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) – beide erbringen gemeinsam seit 1992 das eng miteinander verzahnte ÖPNV-Angebot.

Zu dieser „Gruppe von Behörden“ zählen neben der Stadt Karlsruhe auch das Land Baden-Württemberg, die Landkreise Karlsruhe und Germersheim, die Stadt Heilbronn und der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd (ZSPNV).

„Wir wollen das erfolgreiche ‚Karlsruher Modell‘ sichern und zukunftsfähig weiterentwickeln. Der heutige Vertragsabschluss stellt einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur von uns angestrebten Direktvergabe dar“, machte Karlsruhes Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup deutlich. „Ein leistungsstarker öffentlicher Nahverkehr bildet das Rückgrat unserer urbanen Mobilität. Das ‚Karlsruher Modell‘, das mit seiner einzigartigen Organisationsstruktur weltweit Maßstäbe gesetzt hat, trägt entscheidend zur hohen Lebensqualität in unserer Stadt und unserer Region bei. Diese Erfolgsgeschichte möchten wir gerne weiter mit der AVG und den VBK fortschreiben“, betonte Mentrup.

Rund 170 Millionen Fahrgäste pro Jahr nutzen das umweltfreundliche Nahverkehrsangebot zwischen Heilbronn, Wörth und Baden-Baden mit seinem charakteristischen Stadtbahnsystem. Das „Karlsruher Modell“ ermöglicht die Überwindung der Systemgrenzen von Eisenbahn und Straßenbahn. So können die Fahrgäste seit Beginn der 1990er Jahre umsteigefrei die Karlsruher Innenstadt oder Ziele im Umland erreichen. Die Verträge für die Erbringung der Verkehrsleistung durch die beiden kommunalen Verkehrsunternehmen AVG und VBK – beide sind hundertprozentige Töchtergesellschaften der Stadt Karlsruhe – laufen nun aus.

Die Aufgabenträger möchten dieses einzigartige und erfolgreiche Nahverkehrskonzept auch zukünftig in der jetzigen Form erhalten. Damit die Stadt Karlsruhe das Nahverkehrsangebot im Stadtgebiet auch weiterhin durch die VBK sicherstellen kann, soll die Verkehrsleistung ab Dezember 2022 für 22,5 Jahre direkt an die VBK gegeben werden. Bei der AVG, die ihre Verkehre am Oberrhein in den Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erbringt, soll die Vertragslaufzeit für das Netz 7a mittels der Direktvergabe bis mindestens 2035 fixiert werden.

„Dieses Nahverkehrssystem hat in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten maßgeblich zur positiven wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung der Region beigetragen und genießt weltweit großes Renommee. Der heutige Vertragsabschluss ist ein wichtiger Schritt für den Erhalt des ‚Karlsruher Modells‘“, erklärte Dr. Christoph Schnaudigel, Landrat des Landkreises Karlsruhe.

Bereits im Juli 2017 hatten sich die Stadt Karlsruhe und das Land Baden-Württemberg mit der Unterzeichnung eines Eckpunktepapiers auf die zukünftige Vergabekonzeption geeinigt. Diese sah vor, die umsteigefreie Innenstadtanbindung zu erhalten, wo sie aus Fahrgastsicht vorteilhaft ist. Diese Strecken sollen dann direkt an die AVG vergeben werden, weil die alleiniger Inhaber von Zweisystemfahrzeugen ist. Die Stadt Karlsruhe hat entschieden, dass sich die AVG in dem Teilnahmewettbewerb für das Netz 7b nicht beteiligen wird. Gleichzeitig werden langlaufende Verbindungen ohne Innenstadtanbindung als klassische Eisenbahnverkehre in den Wettbewerb überführt und europaweit ausgeschrieben.

Im März dieses Jahres hatte sich dann auch der Karlsruher Gemeinderat einstimmig für die angestrebte Direktvergabe ausgesprochen, indem das Gremium einer Veröffentlichung der Direktvergabe-Absicht im Amtsblatt der EU zustimmte.

„Dem Schienenverkehr wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine wachsende Bedeutung zukommen, wenn wir die Klimaziele, gerade im Verkehrssektor, erreichen wollen. Deshalb benötigen wir in der Region auf beiden Seiten des Rheins ein leistungsstarkes Nahverkehrsangebot, das wir kontinuierlich weiter verbessern möchten, um noch mehr

Menschen für den ÖPNV zu begeistern“, machte Ministerialdirektor Prof. Dr. Uwe Lahl vom Verkehrsministerium Baden-Württemberg deutlich.

Was 1992 mit einer 30 Kilometer langen Stadtbahnstrecke begann, hat sich in den darauffolgenden zweieinhalb Jahrzehnten zu einer beeindruckenden Erfolgsgeschichte weiterentwickelt. Inzwischen ist die Streckenlänge des Stadtbahnnetzes auf über 600 Kilometer angewachsen. Durch das ‚Karlsruher Modell‘ konnten auch verhältnismäßig kleine Orte im Umland zu vertretbaren Konditionen an einen leistungsstarken Schienennahverkehr angebunden werden.

Auch der Landkreis Germersheim ist an das dicht getaktete Stadtbahnnetz angeschlossen und bietet seinen Bürgern über die Achse Germersheim-Wörth-Karlsruhe eine schnelle Verbindung in die Fächerstadt. „Der Zweisystem-Stadtbahnverkehr ist ein starker Motor für die gute wirtschaftliche Entwicklung auf der rheinland-pfälzischen Rheinseite und ein bedeutender Standortfaktor für den Landkreis Germersheim. Gerade für die große Zahl an Pendlern, die jeden Tag auf dieser Verkehrsachse unterwegs sind, brauchen wir ein gutes ÖPNV-Angebot, das hat nicht zuletzt die Sanierung der Rheinbrücke gezeigt. Ein gut ausgebauter ÖPNV kann zudem einen wichtigen Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land leisten“, erklärte Landrat Dr. Fritz Brechtel, als er gestern sowohl als oberster Repräsentant des Landkreises Germersheim als auch des ZSPNV seine Unterschrift unter das Vertragswerk setzte.

Auch für die Stadt Heilbronn bedeutet Mobilität ein wichtiges Zukunftsthema. Die Weinstadt am Neckar ist ein wichtiger Knotenpunkt für mehrere Stadtbahnlinien. „Auch wenn es in Sachen Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit oder den Anschlüssen sicherlich noch Luft nach oben gibt, wollen wir dieses klimafreundliche Angebot weiter mit unseren Partnern fortführen und verbessern“, erklärt Heilbronns Oberbürgermeister Harry Mergel und verweist in diesem Zusammenhang exemplarisch auf den zweigleisigen Ausbau der Stadtbahnstrecke zwischen Schwaigern und Leingarten oder aber den im Frühjahr mit dem Land Baden-Württemberg besiegelten Mobilitätspakt.

Dr. Alexander Pischon, Vorsitzender der Geschäftsführung von AVG und VBK, begrüßte die heutige Vereinbarung der Aufgabenträger. „Das Vertragswerk markiert nach dem Eckpunktepapier von 2017 einen weiteren wichtigen Meilenstein zur Sicherung unseres Nahverkehrsmodells. Es stellt einen Vertrauensbeweis der Aufgabenträger in unsere Verkehrsunternehmen dar. Zudem ist es auch ein gutes und wichtiges Signal für alle unsere Beschäftigten. Nun gilt es, das komplexe Direktvergabe-Verfahren in den kommenden Monaten zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.“